

Stand: 24.06.2026 20:32:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/23783

"Situation der Hebammen endlich verbessern - Hebammenstudie umsetzen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/23783 vom 18.09.2018



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Situation der Hebammen endlich verbessern – Hebammenstudie umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zur effektiven Verbesserung der Situation der bayerischen Hebammen

- die Akademisierung der Hebammenausbildung in Bayern voranzubringen, indem den interessierten Hochschulen die Zustimmung zu einschlägigen Studienangeboten erteilt und die erforderliche Finanzierung gewährt wird,
- bei der Genehmigung der Studiengänge auf eine ausreichende Anzahl an Studienplätzen zu achten, um den bestehenden Engpässen bei der Hebammenversorgung und der sehr hohen Arbeitsbelastung der Hebammen effektiv entgegenzuwirken,
- die Berufsfachschulen für Hebammen stärker als bisher finanziell zu fördern, um den Versorgungsengpässen zeitnah abzuhelfen,
- dem Landtag jährlich zur Situation der Hebammen in Bayern Bericht zu erstatten, um frühzeitig Versorgungsengpässen wirksam begegnen zu können, und zu prüfen, in welcher Weise ein Monitoring der Versorgungssituation unbürokratisch und ohne Belastung der Hebammen durchgeführt werden kann,
- zu prüfen, auf welche Weise kommunale Vermittlungsstellen eingerichtet und finanziert werden können, um die Hebammenuche für werdende Mütter zu erleichtern,
- sich auf Bundesebene für einen Haftungsfreistellungsfonds für Hebammen mit fallbezogenen Haftungshöchstgrenzen einzusetzen und so eine flä-

chendeckende Hebammenversorgung wirksam zu fördern,

- sich bei den gesetzlichen Krankenkassen für eine angemessene Vergütung von Leistungen der Geburtshilfe einzusetzen,
- Hebammen, die in der Geburtshilfe tätig sind, eine unmittelbare Förderung durch den Freistaat zu gewähren,
- zu prüfen, in welcher Form sich das Konzept des hebammengeleiteten Kreißsaals in Bayern umsetzen lässt.

Begründung:

Die „Studie zur Hebammenversorgung im Freistaat Bayern“ des IGES Instituts vom Juli 2018 belegt, dass hinsichtlich der Hebammenversorgung in Teilen Bayerns ein deutlicher Handlungsbedarf besteht und legt Handlungsoptionen dar, die mit dem vorliegenden Antrag aufgenommen werden, um eine zeitnahe Umsetzung sicherzustellen. Dabei werden Maßnahmen in vier Bereichen empfohlen: ein langfristiges Monitoring, um die konkrete Versorgungssituation abzubilden und frühzeitig die erforderlichen Maßnahmen einleiten zu können, kommunale Vermittlungsstellen, die bei der Suche einer Hebamme unterstützen, eine verstärkte Nachwuchsförderung durch die Akademisierung der Hebammenausbildung und eine Ausweitung der Anzahl der Ausbildungsplätze sowie die Sicherung von Hebammenleistungen in der Geburtshilfe, die vor allem durch die Vergütung und steigende Berufspflichtprämien geprägt wird.

Die Betreuung werdender Mütter und ihrer Familien vor, während und nach der Geburt ist ein wichtiger Teil der Gesundheitsversorgung. Die Hebamme ist der erste Ansprechpartner vieler Schwangeren und junger Eltern. Insofern ist es von erheblicher Bedeutung, dass auch jede werdende Mutter – unabhängig von ihrem sprachlichen und kulturellem Hintergrund – von einer Hebamme unterstützt werden kann und das Recht auf Hebammenhilfe nicht durch Angebotsengpässe faktisch unterlaufen wird. Wenn die IGES-Studie zu dem Ergebnis kommt, dass mehr als jede zehnte Mutter mit Migrationshintergrund keine Wochenbettbetreuung durch eine Hebamme hatte, ist dies eine besorgniserregende Entwicklung.

Auch wenn die Anzahl der voraussichtlich in den kommenden fünf Jahren aus Altersgründen ausschei-

denden Hebammen durch die zu erwartenden Absolventinnen gedeckt werden, lässt die durchgeführte Befragung nicht auf einen ausreichenden Hebammennachwuchs schließen. Grund hierfür ist, dass rund 60 Prozent der freiberuflichen Hebammen und knapp die Hälfte der angestellten Hebammen aufgrund einer zu hohen Arbeitsbelastung über eine Re-

duzierung ihrer Arbeitszeit nachgedacht haben. Jede dritte Hebamme erwog nach dieser Befragung ihr Angebot an Wochenbettbetreuung einzuschränken oder aufzugeben. Dies sind deutlich Zahlen, die sofortige effektive Maßnahmen erforderlich machen, um die Rahmenbedingungen der Berufsausübung der Hebammen nachhaltig zu verbessern.